

24. Mai 2019

## Arbeit im Landtag

#### Themenwoche #StarkeKinder



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

#### Liebe Leserinnen und Leser,

sicherlich sind Herbert Grönemeyers Lieder nur allzu bekannt. Ja, "Bochum" natürlich auch. Aber wir meinen "Kinder an die Macht". Das ist buchstäblich entwaffnend, entlarvend gar. Es klingt so fröhlich und ist doch ernst. Es passt jedenfalls äußerst gut in unsere Themenwoche #StarkeKinder!

Was das mit unserer Plenarwoche zu tun hat? Am 23. Mai feierten wir den **70. Jahrestag unseres Grundgesetzes**. Mit einem Antrag setzen wir uns dafür ein, seine unglaubliche Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und jede zeitgemäße wie notwendige Weiterentwicklung allein an seinen Grundwerten auszurichten. Und das heißt vor allem: unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte.

Es ist ein Glücksfall, unser Grundgesetz. Das ist unbestritten. Aber ein Aspekt fehlt darin noch immer: die Verankerung von **Kinderrechten!** Und das auch 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention. Darauf macht der Kinderschutzbund in dieser Woche aufmerksam. Wir unterstützen diese Initiative und sind froh, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bis Ende 2019 einen Vorschlag für eine entsprechende Grundgesetzänderung ausarbeitet. Die Welt gehört schließlich auch in Kinderhände. So wie es Herbert Grönemeyer in seinem Lied fordert.

**Zum SPD-Antrag** 

### Kinderbildungsgesetz (KiBiz) chancengerecht gestalten

Damit diese Kinderhände großes vollbringen können, haben wir eine Reihe von Initiativen zur Stärkung von Kindern und Familien im vergangenen Plenum eingebracht.

Eine davon ist unser Antrag zum "Gute-Kita-Gesetz", mit dem wir die Mitte-Rechts Koalition dazu auffordern, die Steilvorlage von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey zu nutzen und so das Kinderbildungsgesetz ("KiBiz") endlich chancengerecht zu gestalten.

Dazu braucht es mutige Investitionen in Qualitätssteigerungen, verbesserte Öffnungszeiten und wirkliche Beitragsfreiheit. Davon ist der Reform-Entwurf von Familienminister Stamp leider weit entfernt. Das müssen wir ändern!



Urheber: www.pixabay.com / rawpixe

## Kinderarmut bekämpfen – NRW setzt sich für Kindergrundsicherung ein

Um Kinder stark zu machen, müssen wir vor allem Kinderarmut direkt bekämpfen, Kinder aus Hartz IV herausho-

Dazu fordern wir die Einführung einer Kindergrundsicherung, die endlich Schluss macht mit diesem Familienleistungschaos.

Unser Vorschlag lautet: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und andere Leistungen zusammenführen und künftig alle Kinder mit einer Kindergrundsicherung in Höhe von 628 Euro monatlich absichern. Auch dazu haben wir einen entsprechenden Antrag ins Plenum eingebracht.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

#### Drucksache 17/6253

## Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen stärken!

Wir müssen die Lebenssituation von alleinerziehenden Müttern und Vätern mit der besonderen Belastung durch Erziehung der Kinder, Beruf und Haushaltsführung stärker in den Blick nehmen. Viele Alleinerziehende meistern ihre alltäglichen Herausforderungen sehr gut - aber die Organisation des Familienalltags und des Erwerbslebens müssen sie oft ohne Unterstützung schultern.

Das wollen wir ändern: Mit unserem Antrag schlagen wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung ihrer Situation vor. Damit es auch die Kinder leichter haben.



Urheber: www.pixabay.com / AnnieSprott

#### Drucksache 17/6254

# Laschet muss sich für Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp einsetzen, anstatt tatenlos zuzuschauen

ThyssenKrupp ist ein Mythos, ein Symbol für den Aufstieg einer Region und ihrer Menschen. Dieser Mythos soll jetzt in Gefahr sein? Erst die geplatzte Fusion mit Tata, jetzt sollen 6.000 Stellen im Gesamtkonzern von Thyssen-Krupp gestrichen werden.

Gute und wichtige Arbeitsplätze – eine Vielzahl davon mitten in unserem NRW. Und die Landesregierung, allen voran Armin Laschet als Mitglied im Kuratorium der Krupp-Stiftung schaut dem Arbeitsplatzabbau tatenlos zu.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich gegenüber der Konzernleitung von ThyssenKrupp für eine nachhaltige Neuaufstellung des Konzerns einzusetzen, in der betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und eine maximal mögliche Anzahl an Arbeitsplätzen erhalten bleiben. Darüber hinaus soll die Landesregierung der Öffentlichkeit nun unverzüglich einen Entwurf der überarbeiteten, industriepolitischen Leitlinien vorlegen, wie es Schwarz-Gelb zu Beginn der Legislaturperiode noch angekündigt hatte.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

#### Drucksache 17/6251

### Erhalten: Mieterschutz ohne Einschränkungen

NRW ist Mieterland. Mehr als 55 Prozent aller Einwohner des Landes leben in Mietwohnungen. Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist offensichtlich eine Kernaufgabe der Landesregierung.

Allerdings hat sich Schwarz-Gelb bereits im Koalitionsvertrag von 2017 darauf verständigt, den landesrechtlichen Mieterschutz nach und nach abzuschaffen. Hierzu gehört auch die Begrenzung des Mietpreisanstiegs. Diese sogenannte Kappungsgrenzenverordnung, welche Mietern mit laufenden Mietverträgen vor ungerechtfertigten Mietpreiserhöhungen schützen soll, wurde zunächst zwar bis zum 30. Juni 2020 verlängert, ist bislang allerdings nicht unbegrenzt gesichert. Wir brauchen für NRW eine unbegrenzte und flächendeckende Kappungsgrenzenverordnung. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf sozialverantwortlich zu handeln.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

#### Drucksache 17/4454

## Entgegenwirken: Recht auf Schuldnerberatung garantieren

In NRW liegt die Überschuldungsquote bei über 11 Prozent. Ein Problem, das sich in unserer Gesellschaft immer weiter verfestigt hat. Gründe hierfür können vielfältig sein: Arbeitslosigkeit, Trennung, Erkrankung, Einkommensarmut, gescheiterte Selbständigkeit oder aber schlicht eine unwirtschaftliche Haushaltsführung. Häufig ist die Schuldner- oder Verbraucherinsolvenzberatung die letzte Chance, eine Überschuldung zu überwinden—wichtige und sich gegenseitig ergänzende Beratungsinstrumente.

Aufgrund der unterschiedlichen Regelungszuständigkeiten von Land und Kommunen werden die Aufgabenbereiche bürokratisch getrennt – zum Nachteil der Verbraucher. Mit unserem Antrag fordern wir ein Konzept, dass diese Trennung aufhebt und eine gesetzliche Grundlage schafft, die allen Ratsuchenden einen schnellstmöglichen kostenlosen Zugang zu den Beratungsangeboten ermöglicht. Bayern macht es in seiner Vorlage vor.

### Nachbesserung: Sicherheitsdefizite im Flugverkehr aufheben

NRW ist Fliegerland—sechs Flughäfen mit internationalen Zielen machen das deutlich. Allerhöchste Sicherheitsmaßstäbe sollten hier selbstverständlich sein. Leider ist das nicht der Fall.

In den 1990er Jahren wurden die Luftsicherheitskontrollen vom Staat auf private Sicherheitsunternehmen übertragen. Das Sicherheitspersonal durchläuft keine Ausbildung, sondern lediglich eine sechswöchige Schulung. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben sich die Sicherheitsanforderungen verändert. Die Luftsicherheitsaufgaben können nur durch gut qualifiziertes und erfahrenes Personal verantwortungsvoll ausgeführt werden. Mit unserem Antrag fordern wie eine vollständige Rückübertragung der Luftsicherheitskontrollen in staatliche Hände und die Bündelung sämtlicher Aufgaben und Prozesse im Bereich der Luftsicherheit in einer Anstalt öffentlichen Rechts des Bundes.



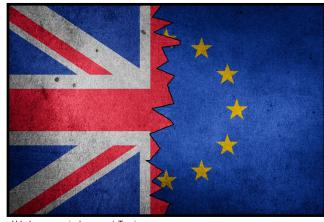
Urheber: www.pixabay.com / MichaelGaida

#### Drucksache 17/6258

# Festhalten: Forschungskooperationen zwischen Großbritannien und NRW

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union wird konkrete Folgen für die Zukunft des Forschungsstandorts NRW haben. In anderen Bundesländern wird die Bildung von Wissenschaftsallianzen zwischen den Hochschulen des Landes und britischen Hochschulen aktiv gefördert. Finanziert werden die Kooperationen von den Kommunen und Landeshaushalten. Auch unsere Hochschulen in NRW würden davon finanziell und wissenschaftlich profitieren. Das bisherige Engagement von Schwarz-Gelb ist allerdings als mangelhaft einzustufen. Unter wettbewerblichen Gesichtspunkten äußerst schädlich für den Wissenschaftsstandort NRW.

Daher wollen wir mit unserem Antrag die Landesregierung anhalten, sich für die Hochschulkooperationen gegenüber dem Bund einzusetzen und auch zusätzliche, eigene Mittel im Landeshaushalt 2020 bereitzustellen.



 $\label{lem:complex} \mbox{Urheber: www.pixabay.com / Tumisu}$ 

#### Drucksache 17/6256

# New Deal: Endlich das Wirrwarr im Bildungsbereich aufräumen

Zeiten ändern sich – und damit auch die Anforderungen. Das gilt ebenso für unser Bildungssystem. Auch hier muss der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse greifen. So erfordern Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch die Digitalisierung Neuausrichtungen, die vom Bund vorgegeben, aber durch Länder und Kommunen ausgestaltet werden müssen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung am Donnerstag im Plenum auf, die Finanz- und Aufgabenverteilung neu zu verhandeln. Dabei soll der Bund angehalten werden, dauerhafte Finanzmittel zu stellen. Schulen brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um individuelle Schwerpunkte mit personellen oder sachlichen Kapazitäten auszugestalten. Außerdem müssen Lösungen zu den Bereichen Schulsozialarbeit, Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz und Inklusion neu ausgearbeitet werden.

#### **Wahlkreisarbeit**

## Tag der Arbeit - 1. Mai Demo 2019



Urheberin: Silke Wessendorf

Unter dem Motto "Europa. Jetzt aber Richtig!" rief der DGB am 1. Mai 2019 alle Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener auf, sich an der jährlichen "Tag der Arbeit"-Demonstration zu beteiligen. Die Redner haben sehr deutlich geäußert, wie wichtig es nun sei wählen zu gehen und das eigene Stimmrecht zu nutzen. Ein erster Schritt. Der zweite Schritt sei es, das eigene Kreuz bei den pro-europäische Parteien zu setzen. Wir haben es nämlich in der Hand. Für ein soziales, offenes und starkes Europa!

# Heike Gebhard zu Besuch bei der Fachstelle "Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung" (EUTB)

Seit Sommer letzten Jahres gibt es in GE die Fachstelle "Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung" (EUTB), die Menschen mit Behinderungen, von Behinderung bedrohte Menschen, aber auch deren Angehörige unentgeltlich bundesweit zu Fragen der Rehabilitation und Teilhabe unterstützt und berät. (Quelle: <a href="https://www.teilhabeberatung.de/">https://www.teilhabeberatung.de/</a>)

Beim Besuch am 15.5. hatte die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard die Gelegenheit, die dort Tätigen kennenlernen und erfahren wie gut die EUTB GE angenommen wird und auch wie die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen in Gelsenkirchen ist.

An dem Gespräch nahmen neben der Leiterin und Diplom-Psychologin Frau Guelay Acar, die beiden weiteren BeraterInnen Frau Moderson-Kloth und Herr Wicker sowie von der Stadt Gelsenkirchen Herr Walfort teil. Letzteres ist ein Beleg für die gute Zusammenarbeit in der Stadt.

"Für die Betroffenen ist es sehr wichtig eine Anlaufstelle zu haben, die nicht als Behörde wahrgenommen wird, die einen stützt und stärkt, die richtigen Schritte zu gehen um besser teilhaben zu können. Schon jetzt nach den wenigen Monaten wird deutlich, dass eine solche Stelle über den 31.12.2020 hinaus, so lange geht die Förderung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales notwendig ist, wenn wir eine inklusive Gesellschaft werden wollen", sagt Heike Gebhard im Anschluss an ihren Besuch.



Urheberin: Silke Wessendorf

## Sebastian Watermeiers Besuche der vergangenen Wochen:

Ein Beispiel für gelebte Integration im Unternehmen so lässt sich die Hertener Firma Yalcinak guten Gewissens beschreiben. Zusammen mit dem Kollegen Carsten Löcker MdL konnte Sebastian Watermeier sich am vergangenen Mittwoch genau hiervon überzeugen.

Die Schweiss-Schule Yalcinak ermöglicht vielen jungen Menschen eine Ausbildung zu beginnen, und fungiert dabei nicht nur als Kooperationspartner zwischen den Bildungsträgern und den zukünftigen Arbeitgebern, sondern ermöglicht vielen Immigranten so auch ein Bleiberecht.

Ein offenes Unternehmen, ein freundliches Miteinander und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein machen Yalcinak zu einem wahren Chancengeber unserer Region.







Urheber: Priva

Seit 50 Jahren kann in Nordrhein-Westfalen an Schulen die türkische Sprache gelehrt werden. Grund zur Feier, denn, dass das Lernen mehrerer Sprachen sich in unserer Gesellschaft bewährt, Schülerinnen und Schüler auch in ihrer Muttersprache unterstützt werden sollten, das ist nicht von der Hand zu weisen.

Das Generalkonsulat der Türkei aus Münster lud zu diesem Anlass in den Wissenschaftspark in Gelsenkirchen ein. Gerne ist Sebastian Watermeier der Aufforderung gefolgt, die vielen Gäste vor Ort zu begrüßen. Der Landtagsabgeordnete blickte auf eine äußerst gelungene Veranstaltung zurück.

Das Fastenbrechen ist jährlich ein willkommener Anlass, sich unabhängig von der eigenen Religionszugehörigkeit oder Überzeugung ganz selbstverständlich an einen Tisch zu setzen und zu reden. Etwas, wovon es nicht genug geben kann.

Beim Fastenbrechen des DEUTSCH-TÜRKISCHEN CAYCUMALILAR KULTURVER-EINs e.V. in Hassel konnte sich Sebastian Watermeier auch in diesem Jahr mit vielen Gästen austauschen. Für die Einladung sowie Gastfreundschaft bedankt er sich herzlich.



Urheber: Privat

#### Verbraucherzentrale - Heike Gebhard besucht neue Räumlichkeiten



Am 15.05. besuchte Heike Gebhard die neuen Räumlichkeiten der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Gelsenkirchen. Hier gibt es ein breites Beratungsangebot von Finanzen über Energie bis hin zum Mietrecht oder der Nutzung verschiedener Medien.

"Die Arbeit der Verbraucherzentrale hat in den Jahrzehnten ihrer Existenz nicht an Bedeutung verloren. Sie ist immer auf der Höhe der Zeit. Ihre Beratung ist für die Gesellschaft unverzichtbar, deshalb muss die Finanzierung durch das Land gesichert bleiben", fordert die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier rufen alle Gelsenkirchener\*innen auf, sich an der Kundgebung "Wähl Europa!" von Pulse of Europe zu beteiligen. Ein Tag vor der Europawahl wollen Pulse of Europe Gelsenkirchen in Kooperation mit dem Musiktheater im Revier ein positives Zeichen für Europa setzen und viele Menschen bewegen pro-europäisch zu wählen!



Urheber: Privat



